

Der Vollzugsdienst

3/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung

Wissenschaftliche Studie durch Justus-Liebig-Universität geplant

Seite 1

Ehrevorsitzender Franz Hellstern feierte seinen 80. Geburtstag

Maßgeblich an der Gestaltung der Verbandspolitik mitgewirkt

Seite 16

Vielfältige Aufgaben: „Die Realität der uniformierten Kollegen im Gericht“

„Fachgruppe der Gerichtsbarkeit“ im BSBD Sachsen stellt sich vor

Seite 63

Aus der einen Krise in die Nächste?

Lesen Sie mehr dazu ab Seite 2



Foto: © studio v-zwoelf / stock.adobe.com

WIR!

stehen zusammen - für EUCH !

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug



INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung
- 1 Geplante Studie: Gewalt und Aggressionen gegen Bedienstete in Deutschland
- 2 Aus der einen Krise in die Nächste?
- 4 Bundesvorsitzender René Müller schildert MdB Johannes Fechner (SPD) die Situation im Strafvollzug
- 5 Respekt und Anerkennung für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 6 Berufsende in Sicht – Annäherung an eine neue Lebensphase

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 18 Berlin
- 24 Brandenburg
- 28 Hamburg
- 33 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 67 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2020:



13. Oktober 2020

In der Krise stark

Breite Unterstützungskampagne des BSBD Rheinland-Pfalz

Einige Tage nach dem Wirksamwerden erster allgemeiner Beschränkungen sind auch im rheinland-pfälzischen Strafvollzug erste Bedienstete erkrankt und in häusliche Quarantäne geschickt worden. Kein Wunder, kann doch im Dienst der enge Mitmenschenkontakt in den Justizvollzugsanstalten nicht ausbleiben, insbesondere im allgemeinen Vollzugsdienst, aber auch in den anderen Dienstbereichen.

Die Gewerkschaft Strafvollzug **BSBD-Rheinland-Pfalz** schwor die Bediensteten umgehend darauf ein, der außergewöhnlichen Krise gemeinsam die Stirn zu bieten. **Landeschef Winfried Conrad:** „Mit großer Kollegialität und Engagement werden wir auch diese besonderen Anforderungen meistern.“

Mit der Aussage, dass Gewerkschaft und Personalräte die sonst virulenten Probleme Drogen, Gewalt und unzureichende Personalsituation zunächst zugunsten der Viruseindämmung und der gleichzeitigen Dienstbetriebsaufrechterhaltung hintanstellten, verband der **BSBD** umgehend Forderungen an das Ministerium der Justiz, die Behördenleitungen und die Vorgesetzten: Zwingend zu ergreifende Maßnahmen zur Virusbekämpfung müssten standardisiert in allen Vollzugseinrichtungen



BSBD-Landeschef Winfried Conrad.

Foto: Windmueller dbb

umgesetzt werden. Personalräte sollten eng eingebunden werden bei den erforderlichen Entscheidungen.

Aktion „Danke sagen“

Beeindruckt vom geschlossenen Zusammenhalt des Personals in der Krise startete die Gewerkschaft Strafvollzug sodann landesweit die **Aktion „Danke sagen“** als Anerkennung für die auch in krisenbedingt weiter erschwerte alltägliche Arbeit im Justizvollzug. Die Aktion startete in Trier, wo der **BSBD-Ortsverband** jedem Bediensteten der

JVA einen Gutschein des Landesverbandes überreichte für eine kleine Verköstigung bei einer ortsansässigen Bäckerei. Es folgte eine entsprechende Gutscheinverteilung in Diez. In Wittlich verteilte die Gewerkschaft Backwerk an die Bediensteten. In Zweibrücken gab es (Fleisch-)Käsebrötchen. In der Jugendstrafanstalt Schifferstadt gab es Schokoladenosterhasen als kleine Stimmungsaufheller und weitere Teilaktionen dieser Art sind geplant.

Politik springt nicht mit auf

Kritisch bewertet die **Gewerkschaft Strafvollzug – BSBD Rheinland-Pfalz**, dass insbesondere aus dem Justizministerium und von der Landespolitik in der Corona-Krise keine Aufmunterung oder erhöhte Wertschätzungssignale für die rheinland-pfälzischen Strafvollzugsbediensteten als „Krisenhelden“ laut werden, wie das in anderen Bundesländern der Fall war und ist.

Neuer Alltag in der JVA

Seit der vorletzten Märzwoche finden in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes Besuche grundsätzlich nicht mehr statt, da das Infektionsrisiko zu hoch und die Sicherheit und Ordnung durch jeden einzelnen Besuch gefährdet ist. Notwendige, unaufschiebbare Besuche aus besonderen Gründen – etwa von Verteidigern – sind nach wie vor möglich, allerdings unter verschärften und zu überwachenden Infektionsschutzmaßnahmen. Gottesdienste und Freizeitmaßnahmen in Gemeinschaft



JVA Trier: Ortsverbandsvorsitzender Stefan Ternes bei der Übernahme der Gutscheine für eine „kleine Leckerei“. Foto: BSBD OV Trier



In Diez wurden vom OV-Vorstand Gutscheine verteilt.



In Wittlich wurden leckere Teilchen an die Bediensteten verteilt.



In Zweibrücken gab es (Fleisch-) Käsebrötchen.

Foto: BSBD-OV Zweibrücken



In der Jugendstrafanstalt Schifferstadt gab es Schokoladenosterhasen.

finden noch statt, wenn die Infektionsgefahr aufgrund der örtlichen Gegebenheiten gering einzuschätzen ist und die personellen Möglichkeiten es zulassen. Der Aufenthalt der Gefangenen im Freien für mindestens eine Stunde wird weiter ermöglicht.

Der **BSBD-Bundesverband** hat zu Krisenbeginn sehr deutlich darauf hingewiesen, dass Strafvollzugsbedienstete direkten, engen Kontakt mit vielen Menschen haben, etwa in der Aufnahme und Zuführung von Gefangenen aus dem In- und Ausland. Häufig sei der hygienische und medizinische Zustand neuer Inhaftierter eine Herausforderung, schon ohne Corona-Virus.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JVA Rohrbach reichten sich unter dem Motto „**Wir bleiben für euch im Dienst! – Bleibt ihr für uns zu Hause!**“ mit Foto in die Social Media-Verlautbarungen des öffentlichen Dienstes ein – hier auch an Besucherinnen und Besucher der Justizvollzugsanstalten gerichtet.

Strafvollzugsbedienstete können eben in der Regel nicht im Homeoffice arbeiten. Auch das Abstandsgebot von 1 bis 2 Metern ist im Vollzug im Um-

gang mit Gefangenen nicht realisierbar. Infizierte Insassen werden in den Anstalten unter Quarantäne genommen und von den Bediensteten betreut und versorgt.

Schutzrüstungen, Desinfektions- und Reinigungsmittel sind dabei elementar wichtig, um nicht selbst infiziert zu werden.

BSBD-Bundeschef René Müller stellt vor diesem Hintergrund fest: „Dabei ist es momentan nicht unsere Hauptaufgabe, den Finger in die Wunde zu legen. Wir fordern als **BSBD** nicht nur pauschal auf die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen einzugehen und diese zu lösen, sondern wir gehen die Probleme aktiv an.“ Es sei nun höchste Zeit, die Probleme gemeinsam anzupacken und Alternativen zur Lösung zu finden und umzusetzen. Dabei gelte es, zeitnah variabel und effektiv zu sein. **René Müller:** „Gegebenenfalls müssen wir auch Dogmen verlassen, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen.“

Die Gewerkschaft Strafvollzug setzt sich für die radikal von der Corona-Krise betroffenen Strafvollzugsbediensteten in diesem Sinne kollegial ein. ■

Personalratswahlen voraussichtlich im März 2021

BSBD Arbeitsgruppe PR-Wahlen 2021 traf sich

Trotz Corona-Krise unter Einhaltung der hohen hygienischen Anforderungen traf sich die BSBD Arbeitsgruppe „PR-Wahlen 2021“ zu zweiten Mal in Kaiserslautern.

Voraussichtlich im März nächsten Jahres werden die örtlichen Personalräte und die Mitglieder des Hauptpersonalrates für den Bereich Justizvollzug gewählt. Bisher kamen von den neun Mitgliedern im Hauptpersonalrat sieben aus den Reihen des **BSBD**.



Mindestens ein gleich gutes Ergebnis – auf allen Ebenen – strebt der rheinland-pfälzische Verband auch für die Wahlen im nächsten Jahr an.

Für den Bereich der Beamtinnen und Beamten im Hauptpersonalrat müssen bis zu 18 Kandidatinnen oder Kandidaten benannt werden.

Für den Tarifbereich einen Kandidaten oder eine Kandidatin.

Schon jetzt ist absehbar, dass einige der derzeitigen festen Mitglieder im **HPR** und auch der ein oder andere „Nachrücker“ nicht mehr bei den **PR-Wahl** antreten werden. ■

NEWS – NEWS – NEWS

Seminar in St. Goar geplant

AG „Junge Bedienstete“ setzt sich für die Belange junger Kolleginnen und Kollegen ein

Nun möchten auch wir die Gelegenheit nutzen, um uns und unsere Arbeit im Vollzugsdienst vorzustellen. Wir, die Arbeitsgemeinschaft „Junge Bedienstete“ des BSBD Landesverbandes Rheinland-Pfalz, setzen uns für die Belange und Wünsche von neuen, jungen Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugsanstalten in unserem Land ein.

Unser Team besteht derzeit aus acht Kolleginnen und Kollegen aus den Anstalten Koblenz, Trier, Rohrbach, JSA Schifferstadt und JVA Wittlich.

In unseren Treffen, die in der Regel alle drei Monate stattfinden, beraten, erarbeiten und diskutieren wir über aktuelle Themen.

So haben wir beispielsweise einen „Leitfaden“ für neue Beschäftigte und Anwärter im Justizvollzug auf den Weg gebracht, in dem unter anderem die Themen Drogen und gefährliche Gegenstände, allgemeine Abläufe, Beihilfe, Dienstunfall und vieles mehr beleuchtet werden.

Auch freuen wir uns darüber euch mitteilen zu können, dass wir in Zusammenarbeit mit dem WALHALLA-Verlag ein Gesetzbuch zusammengestellt haben, welches Beschäftigten und Anwärtern, die bereits Mitglied in unserer Gewerkschaft sind, zu Beginn der Ausbildung kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Natürlich kann dieses Buch auch unabhängig davon zu einem Preis von 25,00 € käuflich erworben werden. Das Buch erscheint im Juli 2020.

Ein weiteres Thema, welches uns als junge Arbeitsgemeinschaft sehr am Herzen liegt und bereits im letzten Jahr großen Zuspruch erlangte, ist unser Seminar für junge Bedienstete.



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe nach ihrem Treffen in der JVA Wittlich.

Foto: Lena Follmann

Dieses Seminar soll auch in diesem Jahr vom 4. bis 6. November 2020 in St. Goar stattfinden. Themen werden unter anderem Drogen im Vollzug, Islamwissenschaften, allgemeines Coaching und Entspannungstechniken sein. Eine gesonderte Ausschreibung wird in der nächsten Zeit an die Anstalten versendet.

Trotz der aktuellen Lage haben wir uns für ein Treffen unserer AG stark gemacht, welches am 4. Mai 2020 in der JVA Wittlich stattfand. Bei diesem Treffen standen unter anderem folgende Punkte zur Diskussion:

- Anrechnung von Zeiten auf die Erfahrungsstufen
- Auszahlung von Überstunden ohne Zeitbeschränkung

- Allgemeine politische Themen
 - Aktuelle (Corona-) Lage
- Solltet ihr Wünsche, Anregungen, Verbesserungsvorschläge oder Fragen haben, könnt ihr euch gerne mit uns in Verbindung setzen.

Ihr erreicht uns bei **Facebook (bsbd junge bediensteterlp)**, **Instagram (BSBD_junge_bedienseterlp)** und auch per **E-Mail bsbdjunge bediensteterlp@gmail.com**.

Wir bedanken uns bereits jetzt schon beim Landesverband für die gute Zusammenarbeit und die fachliche und finanzielle Unterstützung.

Außerdem wünschen wir euch, euren Familien und Freunden alles Gute, bleibt gesund!



Anregung der Gewerkschaft Justizvollzug RLP zur gemeinsamen Bewältigung der Corona-Krise

Brief des Landesvorstandes an Justizminister Herbert Mertin

Sehr geehrter Herr Minister,

wir alle erleben derzeit eine der größten, wenn nicht sogar die größte Krise für die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung.

Auch das Land Rheinland-Pfalz und der Justizvollzug sind durch die Pandemie und ihre Folgen betroffen. Danke sagen möchten wir als Gewerkschaft der Politik auf Bundes- und Landesebene für notwendige und angemessene Maßnahmen, die schnell und zielsicher ergriffen wurden. Auch Ihnen, Herr Minister, gilt da unser Dank.

Wir als Gewerkschaft der Justizvollzugsbediensteten vertreten die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen, die in der jetzigen schwierigen Situation den Dienstbetrieb aufrecht halten.

Schon sehr früh – am 28.02.2020 – hat sich auch der Hauptpersonalrat an Ihr Haus gewandt mit der Nachfrage nach geplanten Maßnahmen des Gesundheitsschutzes im Justizvollzug. Die Antwort fiel leider sehr ernüchternd aus. Eine Notwendigkeit für landesweite Regelungen zum Gesundheitsschutz wurden nicht gesehen. Kein sehr weiser Blick in die Zukunft.

Der Personalvertretung wurde anheimgestellt, konkrete Maßnahmen in Form eines Initiativantrages zu stellen. Mit Schreiben vom 06.03.2020 wurden vom Hauptpersonalrat Praxisvorschläge zur Bewältigung der Corona-Krise schriftlich dem Ministerium übersandt. Das Schreiben des Hauptpersonalrats war vielleicht irrtümlicherweise überschrieben mit „Initiativantrag und Praxisvorschläge“; die Vorschläge erfolgen jedoch eher unter der Rubrik „vertrauensvolle Zusammenarbeit“.

Statt sich konkret mit den Vorschlägen zu beschäftigen und die Umsetzung zu prüfen, wurde dem Hauptpersonalrat die Rechtslage und „am Rande“ auch kritisch die Sehweise der Politik zu Kontaktverboten und Ausgangssperren erklärt.

Anzumerken ist jedoch, dass eine Vielzahl der vom Hauptpersonalrat vorgeschlagenen Maßnahmen zwischenzeitlich umgesetzt wurden.

Ein vertrauensvolles Miteinander zum Ziel der Bewältigung der angespannten Lage – auch unter Akzeptanz aller abweichender Auffassungen und Meinungen – sieht anders aus! Den Schriftverkehr in dieser Angelegenheit hat Ihnen der Hauptpersonalrat zugeleitet.

Zwei nicht in Betracht gezogenen Forderungen des Hauptpersonalrates möchten wir uns als Gewerkschaft **vollumfänglich** anschließen und bitten Sie hier um Ihre Entscheidung.

- **Regelungen zur Bewältigung der Corona Krise im rheinland-pfälzischen Justizvollzug sollen zukünftig landeseinheitlich durchgeführt werden.**

Standardisierte Vorgaben erleichtern in den einzelnen Vollzugseinrichtungen die Arbeit und finden bei den Bediensteten und auch bei den Gefangenen eine höhere Akzeptanz. *Für eine einheitliche Regelung spricht, dass trotz Ihrer Aussage am 17.03.2020 gegenüber der Presse, dass keine Besuche im Vollzug mehr zugelassen werden, Gefangenenbesuche in der JVA Diez noch bis zum 20.03.2020 durchgeführt wurden. Auch die zunächst von Ihrem Hause favorisierte Arbeit im Wechselbetrieb (sog. Kohortenbildung) wurde kurze Zeit später von der Abteilungsleitung in Ihrem Hause als eher nachteilig gesehen. Dies führte dazu, dass geplante Regelungen wie in der JVA Rohrbach zum Unverständnis der Belegschaft und dem Personalrat rückgängig gemacht wurden.*

- **Einrichtung einer kompetenten Steuerungsgruppe auf der Ebene des Ministeriums unter Leitung einer in der politischen Verantwortung stehenden Person der Hausspitze.**

In einer Krise mit vielleicht noch nicht absehbaren Entwicklungen und Risiken muss eine verantwortliche Gruppe unter kompetenter Leitung „das Schiff durch den Sturm“ steuern. Förderlich wäre, bei der Besetzung der Steuerungsgruppe neben Fachleuten aus dem Vollzug (Ministerium und Anstalten) auch Fachleute aus dem Bereich der Medizin und Psychologie zu beteiligen. Aber auch vollzugsfremde Personen mit Erfahrungen aus dem Bereich der Krisenbewältigung sollten die Gruppe komplettieren. Nehmen wir die Politik als Beispiel, die sich in der derzeitigen Krise von vielen Fachleuten kompetent beraten lässt.

Über eine Antwort auf unsere Schreiben freuen wir uns und werden anschließend unsere Mitglieder über Ihre Entscheidungen informieren.

Mit freundlichen Grüßen und bleiben Sie gesund.

Im Auftrag des gesamten Landesvorstandes

gez.

Winfried Conrad

BSBD-Landesvorsitzender

Antwortschreiben von Justizminister Herbert Mertin

Anregung der Gewerkschaft Justizvollzug RLP zur gemeinsamen Bewältigung der Corona-Krise

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für Ihr vorbezeichnetes Schreiben und Ihren Dank für die bisher in der Corona-Krise ergriffenen Maßnahmen, die Sie als schnell und zielsicher bezeichnen.

Sie nehmen Bezug auf Ihre Schreiben vom 28.02.2020 und 06.03.2020. Als das letztgenannte Schriftstück mit Ihren Praxisvorschlägen in der Fachabteilung eingegangen ist, waren die Ihnen bekannten Pandemie-Empfehlungen bereits in Arbeit.

Ihre Vorschläge sind in die Überlegungen einbezogen und den Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleitern noch vor der anschließenden Besprechung der Empfehlungen am 12.03.2020 im Jour Fixe im Ministerium der Justiz zur Kenntnisnahme zugeleitet worden.

Im Rahmen dieser Diskussion hat sich die Führungsebene der Justizvollzugsbehörden eindeutig und nachdrücklich für eine Fassung der Pandemie-Empfehlungen eingesetzt, die Spielraum für angemessene Entscheidungen vor Ort einräumt.

Der Abteilungsleiter Strafvollzug hat diesen Wünschen natürlich entsprochen. Wie Sie wissen, ist es die Linie des Hauses, mit den Behördenleiterinnen und Behördenleitern eng zusammenzuarbeiten und nur dort einzugreifen, wo es zwingend erforderlich ist, z. B. wenn die Rechtslage es verlangt.

Nur diese Vorgehensweise gewährleistet engagierte, entscheidungsfreudige und verantwortungsbereite Führungskräfte in den Justizvollzugseinrichtungen und trägt der ausdrücklichen Regelung in § 106 LJVollzG Rechnung, nach der die Verantwortung für den gesamten Vollzug bei der jeweiligen Anstaltsleitung liegt.

Ihr Vorschlag, eine Steuerungsgruppe einzurichten, hat im Kreise der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter keine Unterstützung gefunden.

Ein solches Gremium gegen den Willen der gesamten Führungsebene des Justizvollzugs Rheinland-Pfalz einzurichten, erscheint mir nicht sinnvoll zu sein.

Soweit Sie landeseinheitliche Regelungen verlangen, hat Ihnen der Abteilungsleiter Strafvollzug die Rechtslage bereits dargelegt. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verlangt bei allen Grundrechtseingriffen eine auf die jeweilige Situation bezogene Prüfung; pauschale Erwägungen genügen nicht.

Die von Ihnen angesprochenen Besuchseinschränkungen sind da ein gutes Beispiel. Die Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter haben gerade in diesem Punkt eine „weichere“ Regelung erbeten als ursprünglich vorgesehen. Der Grund hierfür ist der Umstand, dass die Besuchsräume in den Justizvollzugseinrichtungen sehr unterschiedlich sind.

Abstandregelungen, Masken- und Desinfektionspflicht und Plastikscheiben waren in einigen Anstalten als ausreichender Infektionsschutz möglich, in anderen von vorneherein ausgeschlossen.

Sie können im Übrigen auf der Website des Ministeriums der Justiz nachlesen, dass ich am 17.03.2020 keineswegs einen vollständigen Besuchsstopp bekannt gegeben habe, sondern nur ein grundsätzliches Besuchsverbot. Das ist nicht in allen Medien korrekt dargestellt worden. Ich halte einen gewissen Spielraum, die Möglichkeit mit Fingerspitzengefühl vorzugehen auch unter dem Aspekt der Sicherheit für vorzugswürdig.

Wie Sie wissen, hat gerade das vollständige Verbot von Besuchen in einigen ausländischen Justizvollzugseinrichtungen für Unruhen und verletzte Bedienstete gesorgt.

Auch die Frage der Kohortenbildung lässt sich nicht einheitlich entscheiden, sondern ist sowohl von den räumlichen als auch personellen Verhältnissen und dem Aufgabenbereich der jeweiligen Organisationseinheit abhängig. Zunächst einmal bedeutet diese Lösung, dass ausgerechnet in einer Krisensituation nur noch die Hälfte des Personals zur Verfügung steht.

Das kann vertretbar sein, etwa wenn der Arbeitsanfall krisenbedingt zurückgeht oder die zu erledigenden Aufgaben nicht zeitkritisch sind. Solche Bereiche mag es im Justizvollzug geben, wenn auch nur vereinzelt. Hinzu kommt, dass der angestrebte Vorteil einer sicher infektionsfreien Zweitbesetzung eigentlich eine strenge häusliche Quarantäne voraussetzt.

Nach den aktuellen Zahlen ist die Gefahr, sich in einer Justizvollzugseinrichtung mit Corona zu infizieren, deutlich geringer als außerhalb. Da die Inkubationszeit inzwischen sicher abgelaufen ist, steht fest, dass der Gefangenenbestand zu Beginn der Corona-Krise virenfrei war.

Ein Risiko sind die Neuzugänge, die zunächst isoliert werden. Wer in einem Einzelbüro arbeitet, alle Abstands- und Hygieneregeln beachtet, ist am Arbeitsplatz im Justizvollzug jedenfalls nicht weniger sicher als beim Einkaufen oder Spaziergang unter Fremden.

Die Abwägung, ob im Wechselbetrieb gearbeitet werden soll oder nicht, muss daher sorgfältig und nach den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort entschieden werden. Auf diese Aspekte hat der Abteilungsleiter Strafvollzug in dem von Ihnen erwähnten Schreiben hingewiesen und um intensive Prüfung gebeten.

Sie haben angekündigt, Ihre Mitglieder über meine Antwort zu informieren. Das freut mich, denn ich möchte diese Gelegenheit gerne nutzen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizvollzugs Rheinland-Pfalz für ihre gute und engagierte Arbeit in schwierigen Zeiten ausdrücklich zu bedanken. Bitte kündigen Sie Ihren Mitgliedern auch jetzt bereits schon an, dass die Abläufe und Entscheidungen im Rahmen der Bewältigung der Corona-Krise zu gegebener Zeit umfassend auf den Prüfstand gestellt werden.

Aktuell verändert sich die Lage ständig und es geht darum, den Justizvollzug gesund und am Laufen zu halten. Es zeichnet sich allerdings schon jetzt ab, dass wir auch für die Zukunft Schlüsse aus den jetzigen Erfahrungen ziehen werden, insbesondere bei der Ausstattung mit Schutz- und Hygieneartikeln.

Nach dem Ende der Pandemie und dem Abschluss der Maßnahmen, die für die Rückkehr zum Normalbetrieb erforderlich sein werden, werden wir die Erfahrungen in einem strukturierten Prozess umfassend nachbearbeiten, um für den – hoffentlich unwahrscheinlichen – Fall einer neuen Pandemie besser vorbereitet zu sein.

Ich würde mich freuen, wenn Sie, die Gewerkschaften und Personalvertretungen uns bei dieser Arbeit unterstützen könnten.

*Bleiben Sie gesund!
Mit freundlichen Grüßen
gez. Herbert Mertin*